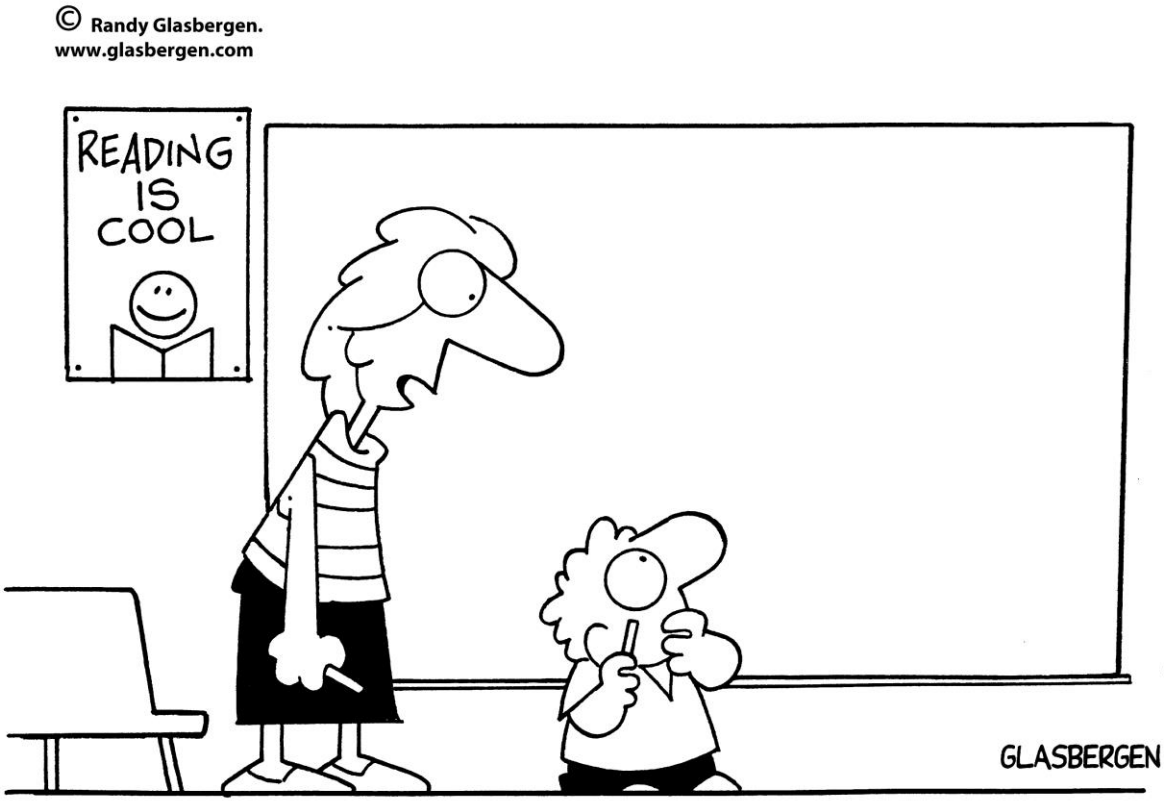
Die Zukunft des Lehrberufs

Hintergrunddokument

EGBW-Sonderkonferenz, die regionale Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen, Tagung in Wien vom

26. - 27. November 2014



"There aren't any icons to click. It's a chalk board."

Lesen ist cool.

"Da gibt es keine Icons zum Anklicken. Das ist eine Tafel"[1]

[1] Karikatur von Randy Glasbergen: www.glasbergen.com

Inhalt

[2]

Inhalt 3

Zusammenfassung 5

1. Einleitung 7

2. Finanzierung und öffentlich-private Partnerschaften im Bildungswesen 8

Herausforderung 1: Zunehmender Mangel and Lehrkrâften und abnehmende Attraktivität des Berufs 9

Herausforderung 2: Gerechte Ressourcenallokation 9

Herausforderung 3: Globalisierung - Anpassung an eine sich immer schneller verändernde Arbeitsumgebung 10

Herausforderung 4: Die Auswirkungen von Finanzkrise und Sparmaßnahmen 11

3. Innovationen in der Bildung – Öffnung des Bildungswesens und der Lehrberuf im Jahr 2030 – Neue Rollen im Unterricht? 13

Herausforderung 5: Weiterhin zunehmender Zugang zu Computern, IKT und Internet 13

Herausforderung 6: Informations- und Kommunikationstechnologien verändern die Art und Weise, in der Dienstleistungen erbracht und genutzt werden 14

Herausforderung 7: Förderung der Öffnung des Bildungswesens und des Einsatzes der digitalen Anwendungen um Mehrwert für Unterricht und Lernen zu schaffen 15

Herausforderung 8: Lernen und Lehren unabhängig von Raum und Zeit – frei zugängliche Bildungsressourcen (OER) 15

4. Das europäische Sozialmodell unter Druck – Soziale Ungleichheiten und der Lehrberuf Die Wirtschaftskrise und soziale Ungleichheit – Liegt die Lösung immer noch im Bildungswesen? 17

Herausforderung 9: Aufrechterhaltung und Förderung der Sozialdialogstrukturen 18

Herausforderung 10: Minimierung digitaler Ungleichheiten und Förderung einer integrativen Informationsgesellschaft 19

Herausforderung 11: Verringerung sozialer Ungleichheiten durch Bildung trotz der Wirtschaftskrise 20

5. Offene Fragen 24

Anmerkungen 26

[2] Apollotempel, http://en.wikipedia.org/wiki/Delphi#mediaviewer/File:Columns_of_the_Temple_of_Apollo_at_Delphi,_Greece.jpeg, [18. Juli 2014].

Zusammenfassung

Mit zunehmender Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und des Internets scheint der Unterricht mit Büchern, Tafeln und Kreide überholt zu sein. Die technologische Revolution wirkt sich inzwischen in der Tat auf fast alle Aspekte des Lebens im 21. Jahrhundert aus. Sie hat Einfluss darauf, wie wir mit Familienmitgliedern und Freunden „reden", wie wir einkaufen und wo wir arbeiten. Schulen ohne moderne Medientechnologie werden heutzutage als veraltet angesehen und die Frage, wie Bildung und der Lehrberuf künftig aussehen werden, ist entscheidend. Die Gestaltung des Lehrberufs des 21. Jahrhunderts ist deshalb eine wichtige Aufgabe für die Interessenvertreter im Bildungsbereich. Darüber hinaus müssen sowohl Bildungsgewerkschaften als auch Lehrkräfte in diesem Bereich eine führende Rolle übernehmen.
Aufbauend auf vier Säulen, nämlich a) Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut; b) qualitativ hochwertige Bildung als Schlüssel zu Schaffung von Wissen und Technologie; c) hochwertiger Unterricht basierend auf hochwertiger und innovativer Lehrkräfteausbildung unter Einbeziehung der verbesserten pädagogischen Nutzung von IKT und d) Bildungsgewerkschaften als gleichwertige Partner bei der Entscheidungsfindung auf nationaler und europäischer Ebene, wenn es um die Entwicklung von Bildungspolitik geht, möchte das EGBW-Sekretariat seinen Mitgliedsorganisationen bei der Sonderkonferenz 2014 die Möglichkeit geben, die Zukunft des Lehrberufs zu erörtern. Neben einer kritischen Analyse künftiger Herausforderungen und möglicher Defizite des Lehrberufs besteht das Ziel darin, die Vision der Bildungsgewerkschaften im Hinblick auf die Zukunft des Lehrberufs zu umreißen und potenzielle konkrete Ansätze für die Auseinandersetzung mit diesen Fragen herauszuarbeiten, mit Blick darauf, eine erfolgreiche Umsetzung dieser Vision in die Praxis zu gewährleisten. Die speziellen, in diesem Diskussionshintergrundpapier erörterten Themen reichen von der Privatisierung im Bildungsbereich - *Finanzierung und öffentlich-private Partnerschaften im Bildungsbereich* - bis hin zu *Innovation in der Bildung* und *sozialen Ungleichheiten im Lehrberuf*.

Aufkommende Herausforderungen für den Lehrberuf, die im ersten Kapitel über Privatisierung in der Bildung angesprochen werden, sind zunehmender Lehrkräftemangel und abnehmende Attraktivität des Berufs, faire Ressourcenzuweisung, Globalisierung und das Bedürfnis der Anpassung an eine sich immer schneller verändernde Arbeitsumgebung sowie die Auswirkungen von Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen.

Im zweiten Kapitel stehen die ungelösten Herausforderungen im Vordergrund, mit denen sich die Europäische Kommission, die nationalen und regionalen Bildungsbehörden, Lehrkräfte, Bildungsgewerkschaften und andere Interessenvertreter in Bildung und Technologie im Zuge der pädagogischen Nutzung von IKT in die allgemeine und berufliche Bildung werden auseinandersetzen müssen. Diese reichen von weiter zunehmendem Zugang zu Computern, IKT und Internet über die Tatsache, dass IKT die Art und Weise, in der Dienstleistungen erbracht und konsumiert werden, bis hin zur Förderung offener Bildungsressourcen und digitaler Anwendungen als Mittel dazu, unabhängig von Raum und Zeit einen Mehrwert für Unterrichten und Lernen zu schaffen.

Der Schwerpunkt des dritten Kapitels liegt auf der Antwort der Bildungsgewerkschaften zur Bekämpfung der Auswirkungen zunehmender Ungleichheit in Gesellschaft und Bildung. Es wird die Frage aufgeworfen, ob Bildung auch künftig noch die Lösung zur Bekämpfung anhaltender sozialer Benachteiligungen ist. Die Herausforderungen betreffen die Aufrechterhaltung und Förderung von Strukturen des sozialen Dialogs, die Minimierung digitaler Ungleichheiten zur Förderung einer

integrativen Informationsgesellschaft und die Verringerung sozialer Ungleichheiten durch Bildung in der Wirtschaftskrise.

Nach Vorstellung der Gastredner dieser Veranstaltung schließt dieses Hintergrunddokument mit zehn offenen Fragen, die sicherlich die Debatte anstoßen und anregen werden.

1. Einleitung

Was würden wir sehen, wenn wir die Zukunft vorhersagen könnten und eine Kristallkugel hätten, um die künftigen Bildungssysteme der Kinder, die dieses Jahr eingeschult wurden und die Pflichtschulbildung im Jahr 2030 abschließen werden, sehen könnten?

Im Zuge der zunehmenden Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und des Internets scheint der Unterricht mit Büchern, Tafeln und Kreide überholt zu sein. Die technologische Revolution wirkt sich inzwischen tatsächlich auf fast alle Aspekte des Lebens im 21. Jahrhundert aus. Sie hat Einfluss darauf, wie wir mit Familienmitgliedern und Freunden „reden", wie wir einkaufen und wo wir arbeiten. In unseren globalisierten Volkswirtschaften ermöglichen schnellere und effizientere Beförderungs- und Kommunikationsdienste, dass Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital leichter um die Welt befördert werden können. Neue Kommunikationsinstrumente ändern die Art und Weise, in der wir mit Regierungen, Dienstleistungsanbietern und untereinander interagieren. Der soziale und wirtschaftliche Wandel verändert die Nachfrage nach Kompetenzen, die die Menschen im 21. Jahrhundert benötigen[3].

Noch bevor sie das Klassenzimmer betreten rufen SchülerInnen und Studierende heutzutage ihren Stundenplan online ab, chatten über soziale Netze mit ihren Klassenkameraden und Kommilitonen und verschicken mehrere Tweets und WhatsApp-Nachrichten an ihre Freunde auf der ganzen Welt. Bildungseinrichtungen ohne moderne Medientechnologie werden heutzutage als veraltet angesehen und die Frage, wie Bildung und der Lehrberuf künftig aussehen werden, ist in der Tat von entscheidender Bedeutung. Die Gestaltung des Lehrberufs des 21. Jahrhunderts ist deshalb eine wichtige Aufgabe für die Interessenvertreter im Bildungswesen. Darüber hinaus müssen sowohl Bildungsgewerkschaften als auch Lehrkräfte in diesem Bereich eine führende Rolle übernehmen.

Beim 6. BI-Kongress in Kapstadt 2011 hieß es in der Resolution zur Zukunft des Lehrberufs, dass *hochwertige Bildung ein Grundrecht für alle SchülerInnen ist* und *Lehrkräfte im Zentrum der Bildung stehen. […] Lehrkräfte regen SchülerInnen dazu an, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.* In dem Strategiepapier zu Bildung, Aufbau der Zukunft durch hochwertige Bildung, das in Verbindung mit dieser Entschließung angenommen wurde, heißt es ferner, dass *„Bildung auch ein zentrales Mittel für die Übermittlung, Analyse und Anwendung von Wissen und Erfahrung ist und eine zentrale Rolle bei der Schaffung neuen Wissens durch Forschung und Innovation spielt. Ihre Rolle ist breiter angelegt, als die mechanistische und instrumentale Rolle, die viele Befürworter von Marktkräften und „Kunden-Dienstleister"-Modellen anerkennen."*

In diesem Sinne nahm die EGBW-Konferenz in Budapest im Jahr 2012 die Resolution zum Lehrberuf an, in der betont wird, dass das Niveau der öffentlichen Investitionen in Bildung auf allen Ebenen unbedingt aufrechterhalten und erhöht werden muss, *„um sicherzustellen, dass allen eine qualitativ hochwertige Bildung als ein Menschenrecht und öffentliches Gut zur Verfügung steht"*. Gemäß dem

[3] OECD, Programm zur Bewertung der Kompetenzen Erwachsener (*Programme for the International Assessment of Adult Competencies* (PIAAC), http://www.oecd.org/site/piaac/.

EGBW-Strategiepapier zur Ausbildung von Lehrkräften in Europa, das im April 2008 vom EGBW-Ausschuss angenommen wurde, werden mit dieser Resolution auch europäische Institutionen und Regierungen dazu aufgefordert, *„die Unterrichtsqualität durch Entwicklung hochwertiger und innovativer Ausbildung von Lehrkräften und durch Anhebung der Unterrichtsstandards, insbesondere durch erweiterten pädagogischen Einsatz von IKT mithilfe geschulter und erfahrener Lehrkräfte sowie auch durch Einbeziehung von Lehrkräften in Forschungsstudien zur Unterrichtsqualität zu verbessern*." Am wichtigsten ist allerdings, dass nationale Behörden dazu aufgerufen werden, Bildungsgewerkschaften als gleichwertige Partner im Hinblick auf den Bildungssektor betreffende Entwicklungen zu betrachten und ihnen eine permanente und zentrale Rolle in den nationalen und europäischen Entscheidungsprozessen zur Gestaltung von Bildungspolitik im Rahmen von Sozialdialog und Tarifverhandlungen auf nationaler und europäischer Ebene zuzuweisen.

Aufbauend auf diesen Säulen, nämlich a) Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut; b) qualitativ hochwertige Bildung als Schlüssel zu Schaffung von Wissen und Technologie; c) hochwertiger Unterricht basierend auf hochwertiger und innovativer Ausbildung von Lehrkräften unter Einbeziehung der verbesserten pädagogischen Nutzung von IKT und d) Bildungsgewerkschaften als gleichwertige Partner bei der Entscheidungsfindung auf nationaler und europäischer Ebene bei der Entwicklung von Bildungspolitik, möchte das EGBW-Sekretariat seinen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit geben, die Zukunft des Lehrberufs zu erörtern. Neben einer kritischer Analyse künftiger Herausforderungen und möglicher Schwächen des Lehrberufs, besteht das Ziel der Debatte darin, die Vision der Zukunft des Lehrberufs der Bildungsgewerkschaften zu umreißen und potenzielle konkrete Ansätze für die Auseinandersetzung mit künftigen Herausforderungen aufzuzeigen, um die erfolgreiche Umsetzung dieser Vision in die Praxis zu gewährleisten. Die speziell in der Debatte erörterten Themen reichen von der Privatisierung im Bildungsbereich - *Finanzierung und öffentlich-private Partnerschaften im Bildungswesen*, bis hin zu *Innovation in der Bildung* und *sozialen Ungleichheiten im Lehrberuf*.

2. Finanzierung und öffentlich-private Partnerschaften im Bildungswesen

Die erste Frage für die Debatte über die Zukunft des Lehrberufs betrifft den zunehmenden Trend im Bildungswesen, von öffentlicher Finanzierung auf privat finanzierte Partnerschaften überzugehen. Ist es wirklich wahr, dass der einzige Weg zur Sicherung der Bildung von morgen darin besteht, öffentlich finanzierte Bildung durch öffentlich-private Partnerschaften zu ersetzen? Einige der anstehenden Herausforderungen für den Lehrberuf, die immer mehr Regierungen durch diesen Übergang zu privatfinanzierter Bildung lösen wollen, wurden in den Berichten der Studien PISA 2012 (Programm zur Internationalen SchülerInnenbewertung) und PIAAC 2013 (Programm zur internationalen Bewertung der Kompetenzen von Erwachsenen) hervorgehoben.

Die Zukunft des Lehrberufs

Herausforderung 1: Zunehmender Mangel and Lehrkrâften und abnehmende Attraktivität des Berufs

Ausgehend von der Tatsache, dass hochqualifizierte Lehrkräfte ausschlaggebend für erfolgreiche Bildungssysteme sind und dass Mangel an Lehrkräften dem disziplinarischen Klima schadet[4], verweist der PISA-Bericht darauf, dass die Attraktivität des Lehrberufs künftig als notwendiger Schritt zur Erzielung einer positiven Lernatmosphäre für Kinder aus allen sozioökonomischen Umfeldern unbedingt verbessert werden muss. Der Königsweg für die Lösung dieser Probleme scheint einfach zu sein. Manchen Gewerkschaftern lässt es das Herz vielleicht höher schlagen, während Arbeitgeber aus dem Bildungsbereich den Atem anhalten und sich mit Gegenargumenten wappnen: Anhebung der Gehälter von Lehrkräften, um den Beruf attraktiver zu machen und mehr Lehrkräfte zu binden. Weit gefehlt! Im PISA-Bericht wird erklärt, dass eine gute Entlohnung der Lehrkräfte nur ein Teil der Gleichung ist und dass höhere Gehälter in der Tat dazu beitragen, dass die Schulsysteme die besten Kandidaten für den Lehrberuf gewinnen können. Die Erarbeitung von Strategien zur Verbesserung der Qualität der Lehrkräfte kann aber auch andere praktische Maßnahmen beinhalten, indem höhere Anforderungen für den Erwerb der Zulassung zum Lehrberuf gestellt werden, Anreize für überdurchschnittlich gute StudentInnen gegeben werden, damit sie diesen Beruf wählen oder indem Lehrkräften Anreize dazu gegeben werden, an beruflichen Fortbildungsprogrammen teilzunehmen. Insgesamt gesehen liegt es auf der Hand, dass auf die Lehrkräfte zusätzliche Anforderungen zukommen könnten, wie einen bestimmten Level an digitaler Kompetenz erwerben und sogar noch mehr Aufgaben, übernehmen zu müssen, als sie bisher bereits haben.

Herausforderung 2: Gerechte Ressourcenallokation

In ihren 10 Schlüsselbotschaften „Was ist notwendig, um die Qualität von Bildung in Europa zu verbessern?“ lässt das EGBW verlauten: *„Die optimale Ressourcenallokation als Investition in Europas Zukunft liegt im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa”* und [das EGBW] fordert deshalb, dass jedem Kind, ungeachtet des Vermögens oder des Hintergrunds seiner Eltern, hochwertige Bildung zuteil wird. Gerechtigkeit bei der Ressourcenallokation ist nicht nur für die Gleichheit in der Bildung wichtig, sondern hat auch einen Bezug zur Leistung des Schulsystems als Ganzes. Der Eurydice-Bericht Bildungsfinanzierung in Europa 2000-2012: die Folgen der Wirtschaftskrise (2013) enthüllt, dass die Ausgaben für finanzielle Unterstützung von SchülerInnen von 2000 bis 2009 stetig gestiegen sind, *„aber dass* Uterstützungssysteme *für SchülerInnen und Studierenden seit 2010 immer mehr Kürzungen bei den Bildungsetats zum Opfer fallen.*” Die PISA-Auswertung zeigt, dass die sozioökonomische Ungleichheit zwischen SchülerInnen, die eine Vorschule besucht haben, und jenen, bei denen das nicht der Fall ist, im Laufe der Zeit immer größer wird. Interessanterweise tendieren hochleistungsfähige Schulsysteme dazu, Ressourcen gleichmäßiger auf sozioökonomisch begünstigte und benachteiligte Schulen zu verteilen. Die berechtigte Frage bezieht sich hier auf die Auswirkungen von Privatisierung von Bildung auf eine gerechte Verteilung von Ressourcen[5]. Wenn die Kluft zwischen sozioökonomisch begünstigten und

[4] UNESCO: „A Teacher for Every Child: Projecting Global Teacher Needs from 2015 to 2030.“ (Oktober 2013), http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/fs27-2013-teachers-projections.pdf.

[5] *EGBW-Resolution zu Privatisierung und Ungleichheit im Bildungswesen: http://www.csee-etuce.org/documents/resolutions/91-resolution-on-privatisation-and-educational-inequality.*

benachteiligten SchülerInnen und Studierende bereits jetzt dabei ist, sich zu vergrößern, liegt dann die Lösung wirklich in öffentlicher Bildungsfinanzierung oder können Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildungstools und -material die Kosten reduzieren, um Bildung allen zugänglich zu machen?

Herausforderung 3: Globalisierung - Anpassung an eine sich immer schneller verändernde Arbeitsumgebung

Innovation und Technologie sind Triebkräfte für die Globalisierung von Märkten, da sie die Reichweite und Geschwindigkeit von Kommunikation erhöhen und zur Verringerung der Produktionskosten beitragen. Die OECD formuliert dies so: *„Globalisierung hat sich sehr stark auf Arbeitsplatzchancen und Nachfrage nach Kompetenzen auf lokalen Arbeitsmärkten ausgewirkt. Insgesamt gesehen kann Handel eine wichtige Rolle bei der Schaffung besserer Arbeitsplätze spielen und die Gehälter sowohl in reichen als auch in armen Ländern nach oben treiben und schlechte Arbeitsbedingungen verbessern."* Allerdings führt Globalisierung auch zur Auslagerung von Produktion. Gering qualifizierte Jobs werden zunehmend aus Hochlohn-/Hochkostenstandorten in Niedriglohn-/Niedrigkostenstandorte in weniger entwickelten Ländern verlagert. Wettbewerbsdruck und technologischer Wandel bedeuten, dass sich der moderne Arbeitsplatz laufend verändert. Arbeit wird regelmäßig umstrukturiert, entweder um die Einführung von Technologie zu unterstützen, die Kosten zu kürzen oder die Produktivität zu verbessern. Die Umstrukturierung von Arbeit trägt zu einer sich verändernden Nachfrage nach Kompetenzen bei. Der Lehrberuf muss SchülerInnen und Studierenden deshalb auf ein sich immer noch schneller änderndes Arbeitsumfeld vorbereiten, um sie dazu zu befähigen, sich rasch an neue Strukturen anzupassen und sich schnell neue Kompetenzen anzueignen und die erworbenen Kompetenzen zu pflegen. Dies bedingt eine engere Verbindung zwischen der Welt der Bildung und Beschäftigung, zwischen Universitäten und Unternehmen, Berufsbildung und Unternehmen, aber auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und insbesondere die Überwindung der Probleme in Verbindung mit dem Übergang von der Schule zum Berufsleben. Damit verbunden ist das zunehmende Missverhältnis zwischen Qualifikationen und Bedarf, das dazu führt, dass Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation an Arbeitsplätzen beschäftigt werden, die einen relativ hohen Grad an Qualifikation erfordern (unzureichende Qualifikation) oder dass hochqualifizierte Arbeitnehmer ihre Qualifikationen nicht genügend einsetzen können (Überqualifikation). Um positive Auswirkungen für Wachstum und Beschäftigung zu erzielen, empfiehlt die OECD die Ausarbeitung qualifikationsorientierter Strategien, die offenere Handelsstrategien ergänzen. Diese Empfehlung resultiert nicht zuletzt aus der Ansicht, dass sich Europa in einem wettbewerbsorientierteren Umfeld nicht länger den 'Luxus' umfangreicher Wohlfahrtsmaßnahmen leisten kann. Die EU muss die Ausgaben fûr Sozialschutz kürzen und die Vorschriften für Unternehmen lockern, wenn sie mit aufstrebenden Volkswirtschaften wie China und Indien mithalten will. Liegt die Antwort vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen nicht doch auch im sozialen Europa[6], das einen Rahmen dafür bietet, Menschen dabei zu helfen, mit den Veränderungen und deren Folgen zurechtzukommen[7]?

[6] Siehe auch Kapitel 4 zu diesem Hintergrunddokument.
[7] EGB-Position zum europäischen Sozialmodell, http://www.etuc.org/european-social-model.

Herausforderung 4: Die Auswirkungen von Finanzkrise und Sparmaßnahmen

Die Schockwelle der Finanzkrise von 2008 zog Staaten auf der ganzen Welt in ihren Sog und traf die Wirtschaft einiger europäischer Nationen besonders hart. Unter dem enormen Druck, der die Staatsfinanzen belastet, suchen die Regierungen der betroffenen Staaten nach Möglichkeiten, Haushaltsdefizite zu reduzieren und die Staatsverschuldung zu bewältigen, ohne ein nachhaltiges Wachstum zu behindern. Im Eurydice-Bericht *Allgemeine und berufliche Bildung in Europa 2020: Antworten der EU Mitgliedsstaaten* (2013) werden die Bemühungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten verglichen, die Zielvorgaben für Europa 2020 im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zu erreichen, die für die Fortschreibung des Europäischen Semesters maßgeblich sind. Der Bildungssektor wird jedoch von Sparmaßnahmen nicht verschont[8], vor allem nicht in Ländern, in denen eine kurzfristige Haushaltskonsolidierung am nötigsten ist[9]. So zeigt der Eurydice-Bericht zur Bildungsfinanzierung in Europa 2000 - 2012 auf, dass in den Jahren 2011 und/oder 2012 in zwanzig europäischen Staaten bzw. Regionen Einsparungen in den Bildungsbudgets vorgenommen wurden. Außerdem zeigte sich, dass die Wirtschaftskrise eine der Hauptursachen für die Zusammenlegung oder Schließung von Bildungseinrichtungen war. Ein Viertel aller Staaten haben als direkte Auswirkung der Krise das Budget für Renovierungen gekürzt oder zurückgestellt und Instandhaltungsmaßnahmen bei Schulgebäuden eingeschränkt. Auch die IKT-Finanzierung war von den Kürzungen der Bildungsausgaben betroffen.

In der Resolution zur Wirtschafts- und Finanzkrise, die von der EGBW-Konferenz 2012 in Budapest verabschiedet wurde, bekräftigen die EGBW-Mitgliedsorganisationen die Tatsache, dass diese Krise in erster Linie vom privaten Sektor hervorgerufen wurde und dass es sowohl unmoralisch als auch ineffizient ist, durch Kürzungen der Investitionen in öffentliche Dienste und Infrastruktur nach Lösungen zu suchen. In dieser Resolution werden Sparmaßnahmen zum Zweck eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in Europa ausdrücklich abgelehnt und dafür für die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer plädiert. Im Einklang mit der BI-Resolution Trade union action against neoliberal policies and austerity plans in Europe (Gewerkschaftliches Handeln gegen neoliberale Politik und Sparpläne in Europa) verteidigt das EGBW den entstehenden Mehrwert durch den gleichberechtigten Zugang zu allen Ebenen der kostenlosen öffentlichen Bildung und unterstützt die einzelstaatlichen Sozialdialogsstrukturen, Gewerkschaftsrechte, den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität unter den Generationen.

Allerdings scheint es, dass die von politischen Ideologien und neoliberalen Tendenzen geprägte Sparpolitik dazu führen könnte, dass das öffentliche Bildungswesen (kostenfrei und für alle zugänglich) – und somit auch der Lehrberuf – zukünftig einer zunehmenden Privatisierung von potenziell profitablen Bildungsdienstleistungen weichen müssen. Außerdem bekommt man den Eindruck, dass die Staaten in Europa die Finanzierung von Bildung mit öffentlichen Mitteln und die Ausgaben europäischer Gelder für Bildungsinfrastruktur und Lehr- und Ausbildungspersonal größtenteils weniger als einen Ausweg aus der Krise und eine Investition in die Zukunft Europas betrachten als vielmehr als finanzielle Belastung.

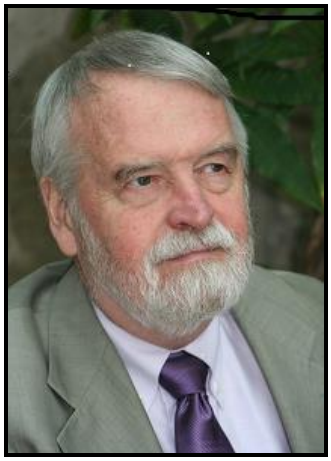
---

[8] OECD: *Education at a Glance 2014*, http://www.oecd.org/edu/Education-at-a-Glance-2014.pdf.

[9] Friedrich-Ebert-Stiftung: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf.

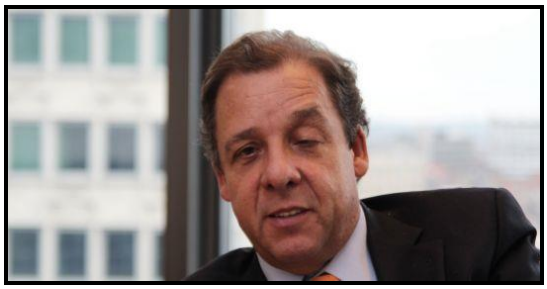
Die Zukunft des Lehrberufs

Über diese und weitere zukünftige Herausforderungen für die europäischen Bildungssysteme wird der erste Hauptredner John MacBeath, emeritierter Professor der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Cambridge, Vereinigtes Königreich, referieren.



John MacBeath ist emeritierter Professor an der Universität, an der er auch von 2000 bis 2010 Lehrstuhlinhaber für 'Educational Leadership' (Führung im Bildungsbereich) war. Davor bekleidete er die Position des Direktors am 'Quality in Education Centre' an der Universität Strathclyde in Glasgow. Von 1997 bis 2001 gehörte er unter der Regierung von Tony Blair der 'Task Force on Standards' an und von 1997 bis 1999 war er Mitglied der 'Action Group on Standards' der schottischen Regierung. Er war außerdem im Hinblick auf Selbstevaluation der Schulen beratend tätig für OECD, UNESCO, ILO, die Bildungsinternationale, die Bertelsmann-Stiftung und die EU-Kommission und arbeitete im EU-Arbeitskreis zum Thema Europäische Indikatoren mit. Seit 1997 ist er als Berater des 'Education Bureau' in Hong Kong tätig. Von 2007 bis 2009 war er amtierender Präsident des 'International Congress on School Effectiveness and Improvement'. Derzeit bekleidet er die Ämter des Projektdirektors für das 'Commonwealth Centre for Education' und des Präsidenten der 'International Professional Development Association'. Im Jahr 1997 erhielt er die Auszeichnung 'Order of the British Empire' für seine Dienste im Bildungssektor und 2009 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Edinburgh verliehen.
Zu seinen neuesten Büchern gehören MacBeath, J. (2014) *Education and Schooling: myth, heresy and misconception*, London, Routledge und MacBeath, J. (2012) *The Future of the Teaching Profession*, Brüssel, Bildungsinternationale.

Es ist uns eine besondere Ehre , Herrn Xavier Prats-Monné, Generaldirektor der Generaldirektion Bildung und Kultur der EU-Kommission, zu begrüßen. Herr Prats-Monné ist daran interessiert, die Sichtweise der EU-Kommission betreffend der Zukunft des Lehrberufs mit den hochrangigen Bildungsgewerkschaftsvertretern bei der EGBW-Sonderkonferenz erörtern zu dürfen.



Xavier Prats Monné ist Generaldirektor für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Als stellvertretender Generaldirektor ist er seit 2011 für die EU-Politik im Bereich allgemeine und berufliche Bildung und für die EU-Bildungsprogramme 2014 bis 2020 verantwortlich, darunter *Erasmus+* und *Marie Sklodowska-Curie*.
In dieser Position ist er seit August 2014 auch für die EU-Politik im Bereich Kultur, Jugend und Sport sowie für das *Creative Europe*-Programm zuständig. Er vertritt die Europäische Kommission im Verwaltungsrat des *Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)*.

Wir freuen uns auf eine anregende Plenumsdiskussion über die kommenden Herausforderungen des Lehrberufs in Bezug auf die Trends in der Finanzierung und bei öffentlich-privaten Partnerschaften zur Sicherung der Bildung von morgen.

3. Innovationen in der Bildung – Öffnung des Bildungswesens und der Lehrberuf im Jahr 2030 – Neue Rollen im Unterricht?

Das zweite Thema für die Plenumsdiskussion betrifft die Frage, wie sich die Zukunft von Bildung und Lehrberuf gestalten wird. Hier geht es letztendlich um die Rolle der Bildungsgewerkschaften in einem sich verändernden Bildungsumfeld und wie sich die Bildungsgewerkschaften in dem sich rasch vollziehenden und anspruchsvollen Wandel des Bildungswesens positionieren wollen. Diese Sitzung befasst sich damit, wie Innovationen und neue Informations- und Kommunikationstechnologien das Bildungswesen verändern und welchen Einfluss IKT auf den Unterricht, Lehrkräfte, ihr Arbeitsumfeld und ihre Vertreter haben werden. Szenarien wie das Klassenzimmer im Jahr 2025 lassen vermuten, das sich die Rolle der Schulen und Lehrkräfte mehr in Richtung soziale Netze verändern wird. Einige dieser Szenarien zeigen, dass sich die Rolle der Lehrkraft von der Wissensvermittlung zur Beraterrolle von SchülerInnen und Studierenden bei der Suche nach zuverlässigem Lehrmaterial wandeln wird. Einige Lehrkräfte befürchten sogar, dass die neuen Technologien den Lehrberuf in der Zukunft teilweise überflüssig machen könnten.
Die EU-Kommission fördert im Bereich der Europäischen Union ausdrücklich den Einsatz von IKT in der Bildung in Europa und hat diesbezüglich ihre Politik in ihrer Mitteilung mit dem Titel Die Bildung öffnen dargelegt. In ihrer Stellungnahme zu dieser Mitteilung legte das EGBW eine ausführliche Übersicht der ungelösten Herausforderungen offen, mit denen sich die Europäische Kommission, die nationalen und regionalen Bildungsbehörden, Bildungsbeschäftigte, Lehrgewerkschaften und andere Interessenvertreter in Bildung und Technologie im Zuge der Einführung der pädagogischen Nutzung von IKT in die allgemeine und berufliche Bildung werden auseinandersetzen müssen. Einige davon werden hier thematisiert:

Herausforderung 5: Weiterhin zunehmender Zugang zu Computern, IKT und Internet

Es besteht kein Zweifel daran, dass heutzutage der Zugang und die Nutzung von Computern sowohl zu Hause als auch bei der Arbeit in den OECD-Mitgliedsländern weit verbreitet ist[10] (PIACC)[11]. Zwischen 1999 und 2009 hat sich die Zahl der Internetzugänge in den OECD-Mitgliedsländern fast verdreifacht und die Zahl der Mobiltelefonverträge mehr als verdreifacht. In mehr als zwei Dritteln der OECD-Mitgliedsländer haben über 70 % der Haushalte Zugang zu Computern und Internet. Das Internet ist auch am Arbeitsplatz unverzichtbar. In den meisten OECD-Ländern haben die Mitarbeiter in über 95 % der Großunternehmen und jene in über 85 % der mittleren Unternehmen Internetzugang und nutzen das Netz auch beruflich. Die Beschäftigten in mindestens 65 % kleiner

[10] EAEA-Analysepapier PIAAC – OECD-Umfrage zu Kompetenzen von Erwachsenen: Ein Weckruf für Europa! (A Wake-up Call For Europe!), http://www.eaea.org/media/policy-advocacy/piaac/piaac-analysis_wakeup-call-for-europe.pdf?utm_source=EAEA+Newsletter&utm_campaign=76a89cc1d4-EAEA_Newsletter_1_20143_13_2014&utm_medium=email&utm_term=0_5edd03a69d-76a89cc1d4-55234913.
[11] Die Studie des 'European Schoolnet' untersuchte den IKT-Einsatz in Schulen und stellt verschiedene Länderprofile vor: http://www.eun.org/observatory/surveyofschools.

Unternehmen nutzen das Internet für ihre berufliche Tätigkeit. Dies beweist, dass digitale Kompetenz inzwischen für viele Berufe vorausgesetzt wird, wobei die Verbesserung der digitalen Kompetenz in der Erwachsenenbildung und auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens immer noch nicht genügend Aufmerksamkeit erhält[12]. Darüber hinaus werden diese Trends im Bildungssektor nicht genügend wiedergegeben. Neuere Umfragen[13] zeigen, dass die Anzahl der Computer pro SchülerIn in den weiterführenden Schulen steigt und dass Laptops und Whiteboards häufiger zur Verfügung stehen, es jedoch immer noch länderspezifische Unterschiede gibt. Auch der Grad, zu dem die IKT-Ausstattung in europäischen Bildungseinrichtungen genutzt wird, ist sehr unterschiedlich. Außerdem gibt es eine zunehmende Diskrepanz zwischen der Anzahl der zur Verfügung stehenden Computer in schulischen Einrichtungen und der Häufigkeit der Nutzung von IKT durch SchülerInnen und Studierende. Bildungsgewerkschaften sollten sich daher fragen, wie sie ihren Einfluss geltend machen könnten, um den Zugang zu Computern[14], IKT und Internet in Bildungseinrichtungen für Lehrkräfte und SchülerInnen/Studierende zu erhöhen und IKT-basierte neue Lernmethoden in den Bildungsprozess zu integrieren[15].

Herausforderung 6: Informations- und Kommunikationstechnologien verändern die Art und Weise, in der Dienstleistungen erbracht und genutzt werden

Computer und IKT verändern die Art und Weise wie öffentliche und andere Dienstleistungen erbracht und genutzt werden. Kenntnisse und Nutzung von IKT sind fast schon Voraussetzung für den Zugang zu den grundlegenden öffentlichen Diensten und die Ausübung der Bürgerrechte und -pflichten. Viele Staaten erbringen ihre öffentlichen Dienste, inkl. Steuererhebung und Gesundheit sowie andere soziale Dienste, über das Internet und dieser Trend wird wahrscheinlich weiter anhalten. Der Anteil der Bürger und Unternehmen, die das Internet für ihre Interaktion mit den Behörden nutzen, ist in vielen OECD-Mitgliedsländern zwischen 2005 und 2010 rapide gewachsen: Im Durchschnitt interagierten 40 % der Bürger und 80 % der Unternehmen in den OECD-Mitgliedsländern im Jahr 2010 per Internet mit den Behörden[16]. Dies ist eine große Herausforderung für den Bildungssektor, da die IKT-Nutzung noch in ihren Kinderschuhen steckt: IKT wird rein für administrative Zwecke der Bildungseinrichtungen eingesetzt, weniger von den Lehrkräften für die Organisation der Schulklassen und noch weniger für pädagogische Zwecke und zur Vorbereitung der SchülerInnen und Studierende auf die Verpflichtungen einer modernen demokratischen Staatsbürgerschaft. Es ist zu fragen, ob Bildungseinrichtungen die rasche Entwicklung der modernen Technologien in der Pädagogik am besten ignorieren oder ausschließen und ihren Lehrauftrag auf altbewährte Weise wahrnehmen sollten.

---

[12] Übersicht und Analyse der Anwendung von Open Educational Resources (OER), also der frei zugänglichen Ressourcen, in der Erwachsenenbildung in Europa: http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=6744.

[13] Schulstudie: ICT in Education, Benchmarking Access, Use and attitudes to Technology in Europe's Sschools, http://www.eun.org/c/document_library/get_file?uuid=9be81a75-c868-4558-a777-862ecc8162a4&groupId=43887.

[14] Siehe auch: 'ICT in Schools', der Evaluation Support and Research Unit of the Inspectorate, Department of Education and Science, Dublin http://www.education.ie/en/Publications/Inspection-Reports-Publications/Evaluation-Reports-Guidelines/ICT-in-Schools-Inspectorate-Evaluation-Studies.pdf.

[15] Mainstreaming ICT enabled Innovation in Education and Training in Europe: Policy actions for sustainability, scalability and impact at system level, http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=6361 .
ICT-enabled innovation for learning in Europe and Asia: Exploring conditions for sustainability, scalability and impact at system level, http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=6362.

[16] OECD, Programm zur Internationalen Bewertung der Kompetenzen Erwachsener (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) (PIAAC), http://www.oecd.org/site/piaac/.

Herausforderung 7: Förderung der Öffnung des Bildungswesens und des Einsatzes der digitalen Anwendungen um Mehrwert für Unterricht und Lernen zu schaffen

In ihren aus dem Projekt ELFE 2 (e-Learning Forum for Education) resultierenden Empfehlungen betont das EGBW ausdrücklich, wie wichtig es für jede einzelne Bildungsinstitution ist, eine Vision für den pädagogischen Einsatz von IKT und die Förderung der Kompetenzen des 21. Jahrhunderts, also die Kernkompetenzen für lebenslanges Lernen, zu entwickeln. Mit einer ähnlichen Argumentation unterstützt das EGBW in seinem Statement zu *Die Bildung öffnen* die Meinung, dass die Innovationen der digitalen Technologien in der allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildung einen größeren Zugang zur Bildung gewähren und dazu beitragen könnten, das gravierende Problem der zunehmenden Arbeitslosigkeit aufgrund der anhaltenden Konjunkturflaute in der EU zu lösen. Das EGBW weist jedoch darauf hin, dass die webbasierten Branchen ein größeres Wirtschaftswachstum verzeichnet als jeder andere Wirtschaftszweig in Europa und dass daher Bildung in Verbindung mit IT-Kompetenzen eher aus wirtschaftlicher Perspektive[17] [18] gesehen wird und weniger als ein Menschenrecht und als Voraussetzung für lebenslanges Lernen. Diese Ansicht kommt auch in dem Bericht des *European Joint Research Centre* 2014 zum Ausdruck: *Mapping and analysing prospective technologies for learning. Results from a consultation with European stakeholders and roadmaps for policy action*, der eine europäische Perspektive zum Thema Technologien für das Lernen für drei Bildungsbereiche aufzeigt: Schul- und Berufsbildung, Lernen am Arbeitsplatz und berufsbezogenes Lernen, Umschulungs- und Weiterbildungsstrategien für Arbeitnehmer. Dies liest sich wie eine Marktstudie der aktuellen und potenziellen Nutzung von Technologien in der Bildung und führt weiter zu Strategien und Maßnahmen für eine effektive Einführung von Technologien im Bildungswesen. Dabei liegt der Schwerpunkt insbesondere auf der besseren Verknüpfung von Schulbildung mit der Welt, die die SchülerInnen im Anschluss erwartet.

Sollte daher die Rolle der Bildungsgewerkschaften nicht eher darin bestehen, Wege zu finden, um den unschätzbaren Wert von Innovation und IKT in der Bildung hervorzuheben und aufzuzeigen, wie entscheidend diese sowohl für SchülerInnen/Studierende, Beschäftigte im Bildungsbereich und die Bürger im Allgemeinen sind, berühren sie doch alle Aspekte ihres täglichen Lebens?

Herausforderung 8: Lernen und Lehren unabhängig von Raum und Zeit – frei zugängliche Bildungsressourcen (OER)

Der Trend zu freien Lehr- und Lernmaterialien (engl. *Open Ecucation Resources* (OER)) und insbesondere zu offenen Online-Kursen für die breite Masse (*Massive Open Online Courses* (MOOCS)) zeigt, dass sich sehr viele Menschen für die Möglichkeit interessieren, alle erdenklichen Themen ohne Einschränkungen durch Raum und Zeit zu lernen und zu studieren. Studierende können ihre Kursinhalte herunterladen und lernen, ohne physisch in einer Bildungseinrichtung präsent sein zu

[17] Neetzwerk zur Fôrderung von Webtalent durch Massive Open Online Courses (MOOCs): http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-335_en.htm.

[18] Die Initiative der Europäischen Kommission der großen Koalition für digitale Arbeitsplätze gemäß der digitalen Agenda der Europäischen Union: http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/grand-coalition-digital-jobs-0.

müssen[19]. Dies beeinflusst auf mehrfache Weise sowohl das Lernen als auch das Lehren, z. B. Validierung und Beurteilung der Studienergebnisse, Qualität der Bildung, Verfügbarkeit der Lehrkräfte, starke Individualisierung des Studiums bezüglich der Studienfächer und -themen sowie der Lernmenge, Kosten der Ausbildung, Ausbildungsanbieter, Veränderung der Rolle der Lehrkräfte, etc.

Obwohl MOOCS das Internet zu überschwemmen scheinen und einen überwältigenden Marktanteil haben, gibt es doch erste Anzeichen für eine hohe Abbrecherquote bei den MOOCS-Studierenden und dadurch eine mögliche Umkehr des aktuellen Trends. Außerdem stehen frei zugängliche Bildungsressourcen auch für ein neues Zeitalter im Bildungswesen und müssen somit in Verbindung mit dem vorangegangenen Kapitel über die Privatisierung von Bildung gesehen werden. Bildung wird zum Geschäftsmodell, aber nach Ansicht des Joint Research Centre fehlt diesen Geschäftsmodellen allerdings die Nachhaltigkeit und zumindest die Hochschulbildung ist „zum Großteil immer noch von einer institutionellen, philanthropischen oder staatlichen/öffentlichen Finanzierung abhängig“[20].

Die Bildungsgewerkschaften sollten diesen Trend sorgfältig prüfen und die tatsächlichen Vor- und Nachteile des technologiegestützten Unterrichts abwägen. Dies ist besonders wichtig, da inzwischen die ersten Schritte in Form von Pilotprojekten an Grundschulen, weiterführenden und berufsbildenden Schulen gestartet wurden, um dieses Bildungs-Geschäftsmodell auch in andere Bereiche des Bildungswesens einzuführen. Obwohl man hier argumentieren könnte, dass eine gesellschaftliche Beteiligung für die erfolgreiche Entwicklung von IKT-Initiativen in der Bildung unerlässlich ist, sollte man die aktive Beteiligung privater Anbieter und der Kommunen kritisch sehen. So sollten die Bildungsgewerkschaften misstrauisch die Entwicklungen insbesondere in Bezug auf die akademische Freiheit der Lehrkräfte beobachten, da ohnehin die Sorge über eine allmähliche Entprofessionalisierung des Lehrberufs umgeht. Dies geht einher mit dem zunehmenden Einfluss kommerzieller Unternehmen, die über den Einsatz von IKT und anderen Internet-Anwendungen die Lehrpläne diktieren.

Frau Dr. Riina Vuorikari, Forschungsbeauftragte am Institut für technologische Zukunftsforschung, GD Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission, eröffnet uns einen faszinierenden und beeindruckenden Ausblick darauf, wie frei zugängliche Bildungsressourcen und der Lehrberuf im Jahr 2030 aussehen werden. Wir freuen uns auf eine zukunftsweisende Debatte über die Herausforderungen des Lehrberufs der Zukunft und die Frage, ob sich der Lehrberuf aufgrund der Neuerungen im Bildungswesen neu erfinden muss.

Frau Dr. Riina Vuorikari kam im Juli 2013 zum Gemeinsamen Forschungszentrum der EU-Kommission in Sevilla. Sie arbeitet dort in der Forschung und der politischen Unterstützung im Bereich „IKT für das Lernen und die Kompetenzerweiterung“. Ihr derzeitiger Arbeitsschwerpunkt liegt in frei zugänglicher Bildung, digitalen Kompetenzen und Wissenschaft 2.0. Frau Dr. Vuorikari hat seit 1999 verschiedene Positionen in Europa

[19] Learning without Schools: A Contrarian Future", Interview mit Nicholas Negroponte, Gründer des MIT Media Lab und One Laptop per Child, The Futurist, März - April 2014, http://www.wfs.org/futurist/2014-issues-futurist/march-april-2014-vol-48-no-2/learning-without-schools-contrarian-futur.

[20] Joint Research Centre, Mapping and analysing prospective technologies for learning. Results from a consultation with European stakeholders and roadmaps for policy action; http://ftp.jrc.es/EURdoc/JRC88469.pdf.

bekleidet, u.a. als Projektmanagerin, Forschungsanalystin und Forschungsbeauftragte, wobei ihr Hauptinteresse in der Übernahme neuer Technologien im Bildungswesen liegt. Dr. Vuorikari hat einen Master in Erziehungswissenschaften (M.Ed in 1998 in Finnland) und Hypermedien (DEA in 1999 in Frankreich). Ihren Doktortitel erlangte sie 2009 an der niederländischen Research School for Information and Knowledge Systems. Sie ist weiterhin Mitglied in Programmkomitees für Kongresse und verschiedene Workshops und gefragte Referentin bei Veranstaltungen im Bereich der Erziehungswissenschaften. Ferner betätigt sie sich als Rezensentin für wissenschaftliche Zeitschriften.

4. Das europäische Sozialmodell unter Druck – Soziale Ungleichheiten und der Lehrberuf
Die Wirtschaftskrise und soziale Ungleichheit – Liegt die Lösung immer noch im Bildungswesen?

In der dritten Sitzung sind die Teilnehmer der EGBW-Sonderkonferenz aufgefordert, über die aufgrund anhaltender sozialer Benachteiligungen immer weiter auseinander gehende Schere in Gesellschaft und Bildung zu diskutieren. Was ist die Antwort der Bildungsgewerkschaften auf die zukünftigen Herausforderungen der sozialen Ungleichheit? Die Bildung wurde schon immer als *das* Mittel der Wahl zum Ausgleich oder gar zur Behebung sozialer Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen und somit auch als beste Lösung für die Förderung des Wirtschaftswachstums betrachtet. Es stellt sich hier die Frage, ob die Bildungssysteme und der Lehrberuf in einer Zeit, in der die Globalisierung den Wettbewerb unter den Märkten unnachgiebig antreibt und die Staaten gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ankämpfen, noch genügend Einfluss haben werden, um hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen als unabdingbare Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum zu schaffen.
Nachfolgend wird auf einige der größten Herausforderungen, auf die sich die Bildungsgewerkschaften vorbereiten müssen, eingegangen.

Seit der Einführung des europäischen Sozialmodells nach dem Zweiten Weltkrieg war die Europäische Union ein Garant für Frieden und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Ihre 28 Mitgliedstaaten bilden ein einzigartiges System der Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit. Fundamentale soziale und gesellschaftliche Ziele wie die Förderung von Beschäftigung, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, angemessene soziale Absicherung, sozialer Dialog, Entwicklung der Arbeitnehmer/-innen zur Erzielung einer kontinuierlich hohen Beschäftigungsrate und die Bekämpfung von Ausgrenzung sind im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verankert. Die EU-Charta der Grundrechte enthält Kapitel über die Freiheiten, die Gleichstellung und Solidarität, die die Rechte auf faire und gerechte Arbeitsbedingungen, soziale Sicherhiet und Sozialhilfe, die Gleichheit zwischen Männern und Frauen sowie Gewerkschaftsrechte, u. a. das Recht auf Tarifverhandlungen und Streik. Die zentralen Grundsätze sind Solidarität und Kohäsion: Wirtschaftswachstum muss dem Wohle aller dienen, ohne Benachteiligung einzelner Teile der Gesellschaft[21].

[21] Position des EGB: http://www.etuc.org/european-social-model.

Herausforderung 9: Aufrechterhaltung und Förderung der Sozialdialogstrukturen

Ausgehend von dem Grundsatz, dass ein hoher Sozialstandard der Wirtschaftsleistung dient, liegt auf der Hand, dass der soziale Dialog Innovationen und das Wirtschaftswachstum fördert, da er die Arbeitsmoral der Arbeitnehmer positiv beeinflusst und ihnen eine größere Kontrolle über die zu verrichtenden Tätigkeiten verleiht. Daher sind der Dialog zwischen den Sozialpartnern, die Unterrichtung und Anhörung zwischen Management und Arbeitnehmern ein wichtiger Aspekt des europäischen Sozialmodells. Die Rechte der Arbeitnehmer wirken sich positiv auf die Entwicklung einer qualifizierten und innovativen Arbeitnehmerschaft aus. Laut ILO-Stellungnahme *Why the European Social Model is still relevant* hat jedoch die Budgetkonsolidierungspolitik im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise zu deutlichen Veränderungen geführt. In vielen Staaten wurden Arbeitsmarktreformen beschleunigt vorangetrieben, die zu einer größeren Flexibilität und geringeren Arbeitsplatzsicherheit führten. Reformen des Rentensystems begrenzen das Ausgabewachstum von Pensionssystemen, wodurch ein dramatischer Rückgang der jeweils zu erwartenden Höhe der Renten absehbar ist. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand haben vielerorts bereits zu Einbußen in Qualität und Umfang der öffentlichen Dienste geführt. Die Staaten haben sich dazu entschieden, „die Liberalisierung des europäischen Sozialmodells“[22] fortzuführen, was dazu führte, dass sich diese Maßnahmen in einigen Ländern negativ auf diese Institutionen auswirkten, obwohl wirksame Tarifverhandlungen und sozialer Dialog sich als starke Mittel zur Abfederung und Überwindung der Krise erwiesen haben[23]. Außerdem darf man die Effektivität der Politik einiger Staaten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit ausschließlich durch eine Reduzierung der Arbeitskosten steigern wollten, durchaus anzweifeln[24]. Besonders in den sog. Defizitländern[25] wird ein signifikanter Zerfall des Deckungsgrades und Umfangs von Tarifverhandlungen beobachtet. In seiner Resolution 'Gestaltung der Zukunft des Lehrberufs' fordert das EGBW daher, dass „alle Lehrkräfte gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten, ein angemessenes Gehalt, Altersversorgung sowie adäquate, gesunde und sichere Arbeitsbedingungen, die denjenigen in anderen Berufen entsprechen, die einen ähnlichen Grad an Qualifikationen erfordern“.

Experten warnen vor dem politischen Desaster für die europäische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, falls der Weg wirtschaftlicher Sparpolitik trotz aller Opposition bis 2014/2015 beibehalten wird und später neuen Aufschwung bekommt. Die Friedrich Ebert Stiftung geht sogar so weit zu behaupten, dass die Proteste der Gewerkschaften gegen Sparpolitik kraftlos sind und schlechte Erfolgsaussichten haben. Die Gewerkschaften in Europa konnten nicht viel tun, um der Verlagerung des Kräftegleichgewichts zugunsten der Kapitalinhaber und jener mit höheren Vermögen und Einkommen entgegenzuwirken. Die Bildungsgewerkschaften in Europa müssen folglich dringend darüber nachdenken, welche Aktivitäten sie in Angriff nehmen wollen, um die Forderung nach einer nachhaltigen Zukunft des Lehrberufs und des Personals in der Schulbildung sowie die Förderung von sozialen Dialog ungeachtet der ungleichen und

[22] Friedrich-Ebert-Stiftung: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf.

[23] Zusammenfassung der ILO-Konferenz: Das europäische Sozialmodell in Zeiten der Wirtschaftskrise und Sparpolitik: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/publication/wcms_236720.pdf.

[24] Das europäische Sozialmodell in Zeiten der Wirtschaftskrise und Sparpolitik, ILO: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/publication/wcms_236720.pdf.

[25] Einschränkung des Streikrechts, Ausweitungsmechanismen für Tarifverhandlungen wurden verringert, Abschaffung nationaler Tarifvverhandlungen und -vereinbarungen.

ungleichzeitigen Betroffenheit der Beschäftigten in Europa zu unterstützen: der Süden und der Osten wurden härter getroffen als der Norden und der Westen.

Herausforderung 10: Minimierung digitaler Ungleichheiten und Förderung einer integrativen Informationsgesellschaft

Die Herausforderung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa, insbesondere in Südeuropa, hat nicht das Geringste mit der Schließung der technologischen Kluft zu tun. In der Tat liegt die Bekämpfung digitaler Ungleichheiten im Interesse von ganz Europa. Es gibt nachweislich eine Polarisierung zwischen jenen Ländern, die es schaffen, eine integrative Informationsgesellschaft zu fördern, und jenen, bei denen das nicht der Fall ist. Neben wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Ungleichheiten kämpft Europa mit dem schwerwiegenden Hindernis der digitalen Kluft. Diese Kluft wird definiert als die '*Kluft zwischen Einzelnen, Haushalten, Unternehmen und geografischen Gebieten auf unterschiedlichen sozioökonomischen Niveaus im Hinblick sowohl auf ihre Zugangsmöglichkeiten zu IKT als auch auf ihre Nutzung des Internets für eine breite Vielfalt von Tätigkeiten*'[26]. Studien belegen, dass sich die früher vergleichsweise gleichmäßige Verteilung der Ungleichheitslevels in Richtung auf mehr Gleichheit in den Vorläuferstaaten und eine zunehmend von sozialen Faktoren abhängige IKT-Nutzung in den hinterherhinkenden Mitgliedstaaten verschiebt[27]. Die Überwindung der digitalen Kluft erfordert einen vielschichtigen Ansatz, da sie die Ungleichheit der Gesellschaft reflektiert. Das umfasst Bereiche wie: Netzinfrastruktur, IKT-Kosten, Bildung, Einkommen, Alter, Geschlecht und Nutzung von IKT, Regierungsunterstützung hinsichtlich der Förderung der Nutzung von Technologie (mittels Investitionen und Finanzierung), Zugänglichkeit, Sprache, Standort und ethnische Zugehörigkeit. Aus Studien geht ganz klar hervor, dass je höher der **Bildungsstand** ist, desto eher eine Person auch Zugang zu IKT haben und diese nutzen wird. Ein weiterer Faktor ist das **Einkommen**, da es zeigt, inwieweit sich ein Nutzer die Kosten für den Internetzugang leisten kann. Auch das **Alter** des potenziellen IKT-Nutzers hat beträchtlichen Einfluss auf den Zugang und die Nutzung von IKT. Im Allgemeinen sind Internetzugang und PC-Nutzung tendenziell bei jungen Menschen (16 bis 24 Jahre alt) dreimal so hoch wie bei älteren Menschen (55 bis 74 Jahre alt). Diese Punkte sollten bei der Annahme einer IKT-Politik, sei es nun auf nationaler Ebene oder auf Ebene einer Bildungseinrichtung, berücksichtigt werden, um zu vermeiden, dass sich bestehende Ungleichheiten verschärfen. Das zeigt, dass Europa neben dem Ausbau der Netz-Infrastruktur auch stark in effektivere und effizientere Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung investieren muss. Die Aus- und Weiterbildungsprogramme für seit Langem im Dienst befindliche und für angehende Lehrkräfte sollten die IKT-Initiativen in Bildungseinrichtungen begleiten. Lehrkrâfte müssen mit Technologie vertraut sein und hinsichtlich der Nutzung neuer Anwendungen unterstützt werden, um IKT richtig einsetzen zu können. IKT liefert SchülerInnen und Studierenden mit unterschiedlicher Lernfähigkeit und unterschiedlichem Hintergrund die Möglichkeit, individualisierte Bildungsprogramme wahrzunehmen, die ihren speziellen Bedürfnissen entsprechen.

[26] E. Stiakakis, P. Kariotellis, M. Vlachopoulou, From the Digital Divide to Digital Inequality: A Secondary Research in the European Union, http://www.researchgate.net/publication/220850389_From_the_Digital_Divide_to_Digital_Inequality_A_Secondary_Research_in_the_European_Union/file/d912f50bf664f9f839.pdf.

[27] The Digital Divide Index – A Measure of Social Inequalities in the Adoption of ICT, http://www.ifiptc8.org/asp/aspecis/20020042.pdf.

Es ist klar, dass Bildung allein die Probleme gesellschaftlicher Ungleichheiten nicht lösen kann. Ebenso liegt auf der Hand, dass sich die bestehenden Lücken ohne gleichen Zugang und hochwertiges Lernen für alle sicherlich vergrößern werden. Die Möglichkeiten, die IKT und die Wissensgesellschaft für die Sache des Lernens, der Gleichheit und der gesellschaftlichen Transformation bieten, geben Bildungsreformen neue Impulse[28]. Neue Technologien stellen ein extrem wirksames Instrument dafür dar, den Zugang zu erweitern und der zunehmenden gesellschaftlichen Nachfrage nach unterschiedlicherer und sachdienlicherer Bildung über das ganze Leben hinweg zu entsprechen[29]. Europa muss sich darauf konzentrieren, auch weiterhin eine hochqualifizierte, wissensbasierte Wirtschaft zu fördern. Das kann nur durch Investitionen in Forschung und Innovation, durch Schaffung von mehr hochwertigen Arbeitsplätzen und durch Sicherstellung, dass die Arbeitnehmer auch die dafür notwendigen Qualifikationen haben, erreicht werden. Im Jahr 2002 einigten sich die europäischen Sozialpartner auf einen Aktionsrahmen zur Entwicklung lebenslangen Lernens. Wie stellen sich Bildungsgewerkschaften in Europa vor, zur Bereitstellung von Bildungschancen, die durch IKT als effizientes Mittel zur Überwindung sozialer Ungleichheiten verfügbar gemacht werden, beizutragen, wenn sie dabei im Blick behalten, diese Dynamik des Aktionsrahmens aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass der Lehrberuf dazu beiträgt, die digitale Kluft zu verringern und den digitalen Ungleichheiten künftig entgegenzuwirken?

Herausforderung 11: Verringerung sozialer Ungleichheiten durch Bildung trotz der Wirtschaftskrise

Im Streben der Regierungen, Schulden abzubauen, wurden öffentliche Ausgaben in allen Bereichen gekürzt, ohne dabei die meist schon vor der Krise festgelegten Ziele der meisten Länder, wie etwa die Sicherstellung des regionalen und sozialen Zusammenhalts, eingehender zu berücksichtigen. Zunehmende Arbeitslosigkeit und soziale Probleme führten erneut zu verstärktem Nationalismus, sozialer Ausgrenzung, Geschlechterstereotypisierung[30] und Stigmatisierung einiger Gruppen[31], wie etwa der Roma. Die Armuts- und Ausgrenzungsraten sind auf alarmierende Art und Weise gestiegen und griffen auch auf einen größeren Teil der Mittelklasse über[32]. Die politischen Strategien der Regierungen zur Steigerung der Beschäftigungsraten haben wenig Wirkung gezeigt und die Ergebnisse im Hinblick auf Jugendarbeitslosigkeit sind insgesamt enttäuschend. Allgemeine Kürzungen in der Bildungs- und Sozialpolitik sind diesem Langzeittrend nicht gerade zuträglich und das allgemeinere Problem des erhöhten Anteils schlecht bezahlter, arbeitender Armer leistet der Verletzlichkeit derjenigen, die eine Beschäftigung haben, Vorschub. Laut der 'EU-Übeprüfung der Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes' bessert sich die Lage in der Europäischen Union nicht, sondern verschlechtert sich in einigen Ländern sogar noch[33].

---

[28] K. Facer, (2011). *Learning Futures: Education, Technology and Social Change*. London: Routledge.

[29] Different Educational Inequalities: ICT an Option to close the Gaps by Guillermo Kelley-Salinas http://www.oecd.org/site/schoolingfortomorrowknowledgebase/themes/ict/41284104.pdf

[30] EGBW-Richtlinien zu Geschlechterstereotypen: http://etuce.homestead.com/Policies/Guidelines_on_how_to__mitigate_gender_stereotypes__segregation_rev.pdf und EGBW-Gender-Aktionsplan: http://etuce.homestead.com/Policies/ETUCE_action_plan_gender_equality_EN_final.pdf.

[31] BI-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter: http://www.ei-ie.org/en/websections/content_detail/6896.

[32] The European Social Model in times of economic crisis and austerity policies, ILO: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/publication/wcms_236720.pdf.

[33] Report from the Social Protection Committee (SPC): Social Europe – Many ways, one objective - Report of the Social Protection Committee (2013) http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=7695&type=2&furtherPubs=yes.

PIAAC-Daten zeigen, dass Zuwanderer mit Fremdsprachenhintergrund eine signifikant niedrigere Lese-/Schreib- und Rechenkompetenz als einheimische Erwachsene haben. Das Problem ist bei nicht muttersprachlichen Einwanderern aus einem sozioökonomisch benachteiligten Umfeld noch größer. Geht ein geringer Bildungsstand mit schlechter Beherrschung der Sprache des Gastlandes einher, so gestaltet sich die Integration in die Gesellschaft sehr schwierig[34]. Eine weitere Folge sozioökonomischer Ungleichheiten und demografischer Unterschiede, wie etwa Alter oder Geschlecht ist, dass sie oft mit ungleicher Exposition gegenüber umweltbezogenen Risikofaktoren einhergehen[35]. Sozioökonomische Ungleichheiten führen deshalb zu gesundheitlichen Ungleichheiten und setzen benachteiligte Gruppen oft einer signifikant höheren Gefahr umweltbedingter gesundheitlicher Folgen aus[36].
Im Bildungskontext gibt es immer mehr aktuelle Forschungsberichte über kürzlich durchgeführte Zusammenlegungen und Schließungen von Schulen, Kürzungen der Etats für Bildungsinfrastruktur und spezifische Unterstützungsprogramme im Bildungsbereich sowie Abwärtstrends bei Finanzierung und Änderungen einzelstaatlicher Politik bezüglich der finanziellen Unterstützung von SchülerInnen und Studierenden[37]. Dies geschieht wohlwissend, dass die für eine solche Unterstützung ausgewiesenen Etats eines der zentralen Elemente für die Sicherung eine hohen Grades an Beteiligung an Bildung ist, insbesondere was benachteiligte Gruppen von SchülerInnen/Studierenden betrifft[38]. Kinder kommen aus unterschiedlichen Hintergründen in das Bildungssystem, haben unterschiedliche Bildungserfahrungen und verlassen das System mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Kinder aus den ärmsten und am meisten benachteiligten Elternhäusern werden sehr wahrscheinlich die leistungsschwächsten Schulen besuchen und die schlechtesten akademischen Ergebnisse erzielen. Bildungseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, Mittel und Wege finden zu müssen, um diese Verkettung von Benachteiligung, schulischem Versagen und eingeschränkten Lebenschancen zu durchbrechen[39].

Es ist klar, dass politische Strategien darauf abzielen sollten sicherzustellen, dass die Verbesserung der sozialen Situation in ganz Europa zu einer Priorität wird, die von Vielen unterstüzt wird. Bei strukturellen Reformen müssen soziale und beschäftigungsrelevante Anliegen berücksichtigt werden. Reformen sollten auf ihre Wirkung hin bewertet werden und stufenweise erfolgen, um negative Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Wenn Reformen Abstriche beinhalten, dann sollte die Last wirtschaftlicher Anpassungen nicht von jenen getragen werden, die bereits stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Europäische Spitzenpolitiker müssen in politische Strategien investieren, die die Auswirkungen von Ungleichheit verringern, auch wenn sich die positiven Ergebnisse erst viele Jahre später zeigen. Sie müssen ihre Zurückhaltung gegenüber solchen Reformen überwinden, die dadurch begründet ist, dass die Ergebnisse sich selten innerhalb der

[34] OECD, PIACC, http://www.oecd.org/site/piaac/surveyofadultskills.htm.
[35] EI Resolution on Social Protection Education: http://pages.ei-ie.org/library/libraries/detail/161.
[36] WHO, *Social inequalities in environment and health,* http://www.euro.who.int/en/health-topics/environment-and-health/pages/social-inequalities-in-environment-and-health
[37] *Funding of Education in Europe 2000-2012: The impact of the economic crisis* (2013): http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/147EN.pdf.
[38] UNESCO: Teaching and Learning: Achieving Education for All, http://unesco.nl/sites/default/files/dossier/gmr_2013-4.pdf?download=1.
[39] K. Kerr and M. West: Social inequality: Can schools narrow the gap?, http://www.bera.ac.uk/wp-content/uploads/2014/01/Insight2-web.pdf.

Wahlzyklen zeigen oder eine Umverteilung zur Bekämpfung der Folgen von Armut bei den Wählern unpopulär ist. Progressive Investitionen in Gesundheit, Bildung und Unterstützungsleistungen für Kinder und Familien sollten Hand in Hand gehen. Die Weltgesundheitsorganisation signalisiert ganz klar, dass unbedingt sichergestellt werden muss, dass den Investitionen in jüngere Kinder angemessen hohe Priorität eingeräumt wird[40]. Auch wenn sich jetzt eine Erholung abzeichnet, macht die Hinterlassenschaft der Krise im Hinblick auf Gesellschaft und Haushalt, die Gefahr eines über mehrere Jahre anhaltenden geringen Wirtschaftswachstums und die Herausforderung eines demografischen Alterns das Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Kohäsion sogar noch schwieriger[41].

Die Frage ist, welche Rolle Bildungsgewerkschaften in diesem Politikfeld künftig spielen möchten. Wie kann der Lehrberuf dazu beitragen, künftig hochwertige Bildung für alle zu sichern? Können Bildungsgewerkschaften und der Lehrberuf im Allgemeinen die Kluft sozialer Ungleichheit verringern? Die Aufgabe von Bildungsgewerkschaften muss sicherlich darüber hinausgehen, die Scherben aufzusammeln und die Erholung von der Krise zu unterstützen, indem sie den Weg für wirtschaftliche Erholung ebnen.

Frau Susan Lee Robertson, Professorin für Bildungssoziologie vom Graduiertenkolleg für Erziehungswissenschaften der Universität Bristol, liefert mit einer faszinierenden Präsentation den Rahmen für die angeregte Debatte in der dritten Sitzung. Damit enthüllt sie nicht nur die Verbindung zwischen der Wirtschaftskrise und sozialen Ungleichheiten, sondern untersucht auch, ob Bildung immer noch die Lösung für künftiges wirtschaftliches Wachstum ist, was in den letzten Jahrhunderten stets das Credo europäischer Regierungen und die hinter den Bildungssystemen stehende Überzeugung war. Die Präsentation von Frau Prof. Lee Robertson schafft die Ausgangsbasis für die Diskussionen in Arbeitsgruppen und die darauffolgende Plenumsdebatte über die Zukunft des Lehrberufs, wobei der Fokus insbesondere auf dem europäischen Sozialmodell und der Belastung liegen wird, die die sozialen Ungleichheiten für den Lehrberuf darstellen werden. Wir freuen uns auf eine hochinteressante und lebendige Debatte.

Susan Lee Robertson ist Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Bristol, Vereinigtes Königreich, und Leiterin des Zentrums für Globalisierung, Bildung und Gesellschaften. Susan hat einen akademischen Abschluss in angewandten Wissenschaften von der Curtin University, Westaustralien (Auszeichnung) und ein *Honours Degree* in Soziologie und Bildungspolitik von der Universität von Westaustralien von 1977. Nachdem sie kurze Zeit in Sekundarschulen unterrichtet hatte, nahm Susan eine Stelle in der Forschungsabteilung des Bildungsministeriums, Westaustralien, an, wo sie sich mit politischer Arbeit befasste. Anfang der 80er-Jahre wechselte sie in eine Dozentenstelle im Universitätsbereich mit Fachgebiet Bildungssoziologie. Nach Erlangung ihres Doktorgrads 1990 in Kanada hatte Susan

[40] *Early years, family and education task group: report* Resolution on Social Inequalities, http://www.euro.who.int/en/publications/abstracts/early-years,-family-and-education-task-group-report.

[41] F. Vandenbroucke and B. Vanhercke: 'A European Social Union: 10 tough nuts to crack', Friends of Europe, http://www.friendsofeurope.org/Portals/13/Events/WorkingGroups/Social_Europe/03_03_14_Report_SocialUnion_FINAL_V.pdf.

zunächst verschiedene Stellen in Neuseeland inne. Derzeit arbeitet sie an der Universität Bristol im Vereinigten Königreich.

Susans Forschungstätigkeit war stets von einem langfristigen Interesse an Gestaltung und Umsetzung von politischen Strategien, an globalen und regionalen Prozessen und an beschäftigungsrelevanten Themen geprägt. Sie hat sich stark dafür engagiert, politische Verschiebungen im Bildungswesen aufzuspüren, insbesondere jene, die mit Privatisierung von Bildung zusammenhängen, und war in vielen Kreisen dahingehend aktiv, dass sie für ein auf besserer Information über die Ergebnisse dieser Entwicklungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit basierendes Engagement der handelnden Politiker eintrat.

5. Offene Fragen

1. Eine Möglichkeit dafür, den Lehrberuf attraktiver zu machen, besteht darin, attraktive Gehälter und attraktive Arbeitsbedingungen im Lehrrberuf zu bieten. Wie können Lehrgewerkschaften außer mit Lohnverhandlungen dazu beitragen, das Unterrichten zu einem attraktiveren Beruf zu machen?

2. Wenn die Kluft zwischen sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten SchülerInnen und Studierende bereits jetzt dabei ist, sich zu vergrößern, liegt dann die Lösung wirklich in öffentlicher Bildungsfinanzierung oder können Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildungstools und -material die Kosten reduzieren, um Bildung allen zugänglich zu machen?

3. Es sieht so aus als müsste die öffentliche Bereitstellung von Bildung (kostenfrei und für alle verfügbar) in Anbetracht der von politischen Ideologien und neoliberalen Tendenzen geprägten Sparpolitik zunehmender Privatisierung potenziell profitabler Bildungsdienste weichen. Gibt es konkrete alternative Ansätze, von denen Bildungsgewerkschaften die Regierungen überzeugen können?

4. Wie können Bildungsgewerkschaften dazu beitragen, den Lehrberuf so anzupassen, dass er sich auf lange Sicht für die Vorbereitung von SchülerInnen und Studierende auf die künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes entwickeln lässt?

5. In Anbetracht von Empfehlungen seitens internationaler Organisationen wie der OECD zur Entwicklung qualifikationsorientierter Strategien, die eine Freihandelspolitik ergänzen, liegt dann die Antwort der Bildungsgewerkschaften auf die Globalisierung im Hinblick auf das Ziel, positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung herbeizuführen, ausschließlich im 'Sozialen Europa' als Mittel dafür, einen Rahmen bereitzustellen, der den Menschen dabei hilft, mit den Veränderungen und deren Folgen zurechtzukommen?

6. Innovation und der Einsatz von IKT im Bildungswesen sind ein unaufhaltsamer Trend und Bildungseinrichtungen können die rasche Entwicklung moderner Technologie nicht ignorieren oder aus der Pädagogik ausschließen. Sollten Bildungsgewerkschaften deshalb diese Entwicklung nicht aufgreifen und deren Vorteile und Gefahren für Personal im Bildungswesen und die Qualität in der Bildung erörtern?

7. Wie können Bildungsgewerkschaften ihren Einfluss nutzen, um für Beschäftigte und SchülerInnen/Studierende weiterhin mehr Zugang zu Computern und IKT in Bildungseinrichtungen zu erreichen?

8. Im Jahr 2002 einigten sich die europäischen Sozialpartner auf einen Aktionsrahmen zur Entwicklung lebenslangen Lernens. Wie stellen sich Bildungsgewerkschaften in Europa vor, zur Bereitstellung von Bildungschancen beizutragen, die durch IKT als effizientes Mittel zur

Überwindung sozialer Ungleichheiten verfügbar gemacht werden, und zwar mit Blick darauf, diese Dynamik des Aktionsrahmens aufrechtzuerhalten und mit dem Ziel, dass der Lehrberuf dazu beiträgt, die digitale Kluft zu verringern und den digitalen Ungleichheiten künftig entgegenzuwirken?

9. Zu welchen Initiativen verpflichten sich die Bildungsgewerkschaften, um dem Ruf nach einer nachhaltigen Zukunft des Lehrberufs und der Bildungsbeschäftigten und der Förderung eines sozialen Dialogs trotz der Tatsache nachzukommen, dass Beschäftigte in den EU-Mitgliedstaaten ungleichzeitig und in ungleichem Ausmaß betroffen sind: der Süden und der Osten wurden härter getroffen als der Norden und der Westen?

10. Auch wenn sich jetzt eine Erholung abzeichnet, macht die Hinterlassenschaft der Krise im Hinblick auf Gesellschaft und Haushalt, die Gefahr eines über mehrere Jahre anhaltenden geringen Wirtschaftswachstums und die Herausforderung eines demografischen Alterns das Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialem Zusammenhalt sogar noch schwieriger[42]. Die Aufgabe der Bildungsgewerkschaften muss im Hinblick auf den strategischen Bereich des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Gleichheit sicherlich darüber hinausgehen, die Scherben aufzusammeln und die Erholung von der Krise zu unterstützen, indem sie den Weg für wirtschaftliche Erholung ebnen. Wie kann der Lehrberuf dazu beitragen, in der Zukunft hochwertige Bildung für alle zu gewährleisten? Können Bildungsgewerkschaften und der Lehrberuf im Allgemeinen die Kluft sozialer Ungleichheit verringern?

[42] F. Vandenbroucke and B. Vanhercke: 'A European Social Union: 10 tough nuts to crack', Friends of Europe, http://www.friendsofeurope.org/Portals/13/Events/WorkingGroups/Social_Europe/03_03_14_Report_SocialUnion_FINAL_V.pdf

Anmerkungen